

Zur Weltpolitikfähigkeit der EU

Kommentar I.1./2018

Die Betrachtung der „Weltpolitikfähigkeit“ erfolgt ausschnittsweise bezüglich ausgewählter Politikfelder in vier Kapiteln (I. – IV.).

I.

Im Kapitel I. geht es einleitend von Aspekten des Selbstbestimmungsrechtes von Völkern mit Motivationsbezug auf den Kampf der Katalanen und Kurden zum gemanagten Föderalismus und Zentralismus in der BRD und EU.

I.1. Zu Katalonien und Kurdistan – Zum Selbstbestimmungsrecht

Die Katalanen verlangen das Recht auf Selbstbestimmung, die Kurden auch schon seit Jahrzehnten.

Die **Katalanen** wenden sich im Prinzip gegen den spanischen Zentralismus mit seinem „chinesischen“ Leitprinzip des „Ein Spanien“ vom Typ Rajoy, Mitglied des inneren EU-Machtzirkels, und einer erdrückenden monarchischen Umarmung. Es gab aber keinerlei Bereitschaft der Zentralregierung über eine neue, erweiterte Autonomie für die Katalanen zu verhandeln. Stattdessen werden die politischen Eliten der nach Unabhängigkeit strebende Katalanen verfolgt, inhaftiert und vor Gericht gestellt. Dabei kann kein Zentralstaat in dem mehrere Ethnien leben, letztlich erklären, warum eine Region, ein Volk irreversibel politisch zentral eingebunden ist – außer mit dem Hinweis auf die Verfassung des Zentralstaats, eine selbst geschaffene Art von Immunität. Die Unwilligkeit und Unfähigkeit der spanischen Zentralregierung zu politischen Diskursen und Kompromissen kennzeichnet eine formale Demokratie, die von den Politikern nicht gelebt und praktiziert wird.

Die **Kurden** leben in keinem gemeinsamen, staatlichen Gebilde. Ihr Siedlungsgebiet erstreckt sich über die vier Staaten: Türkei, Irak, Syrien und Iran mit vielen Problemen.

Wenn sie beispielsweise als gleichberechtigte Bürger eines Staates X Militärdienst leisten müssen und dieser Staat bspw. Iran mit einem anderen Staat Y bspw. Irak in militärische Auseinandersetzung gerät, dann müssten im Prinzip nicht nur Kurden gegen Kurden kämpfen, sondern die Kurden in Y unterliegen möglicherweise besonderen Repressionen im Inland, da der Staatspräsident Y i.d.R. erobert reagieren wird. Dieses führte im Irak-Iran-Krieg wahrscheinlich zu dem fürchterlichen Giftgasangriff von Saddam Hussein gegen die Kurden. Selbst eine weitgehende Autonomie wird ihnen vielfach verwehrt oder nur eingeschränkt gewährt.

Schon beim Zusammenbruch des Osmanischen Reiches scheiterte selbst eine partielle Selbständigkeit der Kurden an der (unglaublichen) Gier der Briten und Franzosen, die die arabischen Gebiete aus dem Osmanischen Reich einzig gemäß ihrer Interessen im sog. Sykes-Picot-Abkommen bereits

1915/16 unter sich aufteilten. Die Grenzen gingen quer durch die Ethnien, hier der Kurden. Als das Abkommen durch die Sowjets veröffentlicht wurde, wurde die Gier in Versailles noch offener. Entsprechend empfanden sich die Völker in Kleinasien betrogen. Analysen sprechen davon, daß die Region bewußt in n Brand gesteckt wurde und das Feuer auch heute immer wieder entfacht wird.

Das Selbstbestimmungsrecht kommt aus machtpolitischen Interessen mit wenigen Ausnahmen nicht zum Tragen, denn:

Das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes wird entweder als „nicht praktikabel“ und für den „Reststaat“ als wohlfahrtsmindernd zurückgewiesen (aber niemals bewiesen) **oder** gar nicht als Teil Allgemeinen Menschenrechte akzeptiert **oder** nach einer politischen Abwägung als geringer wertig im Verhältnis zur sog. territorialen Integrität des Zentralstaates gewertet und derart „zweitrangig“ **oder** es wird konzeptionell wie im Falle eines sog. Internationalen Sozialismus, auch des sog. Demokratischen Sozialismus definitorisch entleert und aufgelöst, indem in der Ideologie ein eigenständiges Volk gar nicht existiert. Dann stellt **der Nationalstaat**, wie für viele deutsche „linke“ Politiker, eine pre-faschistische Regierungsform da. Diese ideologische Überheblichkeit¹ ist zugleich eine Beleidigung u.a. für Franzosen, Polen, Dänen oder Amerikaner und Engländer usw., die schon deshalb die Deutschen nicht wie jedes andere „normale“ Volk“ verstehen können. **Ihre** bürgerferne **Art der** gelenkten deutschen **Entnationalisierung fördert und verstärkt den Nationalismus in allen anderen EU-Mitgliedsländern**, sie bewirkt das Gegenteil des mit Macht Angestrebten. Sie fördert mit ihrer Gelddiplomatie das Nutzen-Kosten-Kalkül der Partner, denn Entnationalisierung ist für sie kein ideologischer Selbstzweck.

Mit dem Selbstbestimmungsrecht wird die Demokratie unter Zentralisten verkümmern, absterben.

I.2. Zum Föderalismus der BRD

a.

Die Bundesrepublik, insbes. Kanzlerin Dr. Merkel und die Spitzen der SPD (von Nahles bis Scholz und Gabriel) sowie die der Grünen (einschl. Winfried Kretschmann), waren und sind für eine Vermittlerrolle als Vertreter eines effektiven Föderalismus für die Katalanen nicht „verfügbar“ (weil es um eine sog. innerspanische Angelegenheit geht) oder geeignet (weil vom Föderalismus selbst nicht überzeugt?).

b.

Der deutsche Föderalismus wird zunehmend Fassadesiert, also entkernt.

Die letzte GroKo peitschte schnell diesbezüglich 13 Grundgesetzänderungen durch u.a. zur geräuschlos möglichen Privatisierung (und ausgedehnte PPP – Public-Private-Partnership Projekte) und zentralem zentralisierendem Einfluß auf die Vorschul-, Schul- und Bildungspolitik.

¹ So wie die deutsche Autoindustrie, eine sog. Schlüsselindustrie, und deutsche Politiker quasi alleine die Dieselschifftechnologie als überlegen betrachteten und im Grunde immer noch betrachten, so dominierten und dominieren sozialistische Ideologien verschiedener Ausprägungen die politischen Ideen vieler deutscher linker Intellektueller und Politiker.

Oder: Bundesfinanzminister O. Scholz könnte zentral bald „die Lufthoheit über die Kinderbetten“ erzielen (umfassender Ausbau der Kitas usw.). Es steigt dann über staatliche Anreize (wie bspw. kostenlose Kinderbetreuung und –verpflegung in kontrollierten Kitas) der Druck zur Integration „aller“ Frauen in den Arbeitsmarkt weiter. Das Gender-Marketing trägt durch Prägung von begrenzten Rollenbildern dazu bei. Aber in der BRD gehört zu den Menschenrechten und zur Würde auch, daß jeder Mensch unabhängig vom Geschlecht seine Fähigkeiten sowie eigenen Kompetenzen entwickeln und damit Optionen für seine Lebensplanung bilden kann. Die freie, „druckfreie“ Wahl der eigenen Lebensgestaltung bei Wahrung regionsspezifischer Besonderheiten gehört auch zu unserer Demokratie.²

Das **grundgesetzliche Kooperationsverbot** wird von den meisten Politikern als ein Fehler betrachtet. Der seit Jahren politisiert gemanagte Föderalismus steht der Idee/Überzeugung der Gründervater und historischen Erfahrung diametral entgegen.

Es sieht so aus, als ob die BRD nur ein Bundesland im Sinne eines föderalen Landes hat: Bayern. Und Bayern geht es wirtschaftlich und gesellschaftlich sehr gut. Ist nicht die CSU eine bayrische Partei, deren Interesse primär das Wohl Bayerns ist und erst dann der Einfluß und Lobbyarbeit auf der Bundesebene in Berlin?³ Dabei ist die Stärke dieses politischen Einflusses abhängig von der politischen Stärke der bayrischen Staatsregierung und diese letztlich u.a. abhängig von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stärke Bayerns. So ist der Föderalismus konzipiert und führt dann zu einer dynamischen, wettbewerblichen Entwicklung der Bundesländer sowie des Bundes. Der Bundesrat ist das bedeutende Koordinationsinstitut.

Aber der Föderalismus funktioniert natürlich nicht mit Bayern als „einzigem“ Bundesland.⁴

Fast jedes andere Bundesland wird stets von den gewählten „Landesverbänden“ der Bundesparteien regiert. Sie sind (mit Ausnahme bei landestypischen Besonderheiten, einschl. familiärer „Dynastien“ aus HH, NRW usw.) stets dem Machterhalt oder Machtgewinn ihrer Partei auf Bundesebene verpflichtet und werden zwecks Stärkung der gesamtparteilichen Geschlossenheit und Homogenität i.d.R. tendenziell

² Die relativ höhere Partizipationsrate und Geburtenrate hat die DDR nicht gerettet. Ein LKW-Fahrer hat mehr verdient als eine studierte Lehrerin, schafft doch der Lehrer im marxistischen Sinne keinen Mehrwert. Wer das Länderranking in der Bezahlung von Lehrer*innen und Professor*innen betrachtet, wundert sich nicht, daß Bayern zumeist ganz oben in der Liste steht und (infolge sozialistischer Wertung?) Berlin und Brandenburg unten. Die Emanzipation der Frau in der DDR war nicht vorbildhaft. War es eine Emanzipation unter dem kalten Stern der Knappheit u.a. in Folge des wirtschaftlichen Drucks auf die Familie, dem ein Verdienner nicht mehr gewachsen wart? Zur Emanzipation der Geschlechter gehört mehr.

³ Der große Zuschnitt des Innenministeriums schafft Horst Seehofer die Möglichkeit, nicht nur Finanzmittel nach Bayern zu lenken - wenn er nur nicht den „besseren Bayer“ gegenüber dem Franken Söder demonstrieren will. Allerdings hat er scheinbar wenige Freunde in Berlin und Brüssel, so daß man ihn u.U. mehr Schiffbruch erleben läßt, als er Schiffe hat.

⁴ Hinzu kommt, das gewachsene Bundesländer (also nicht die nach dem Zweiten Weltkrieg politisch neu „geschaffenen“) „volksnäher“ sind und dem Zentralismus und einer Entnationalisierung eher entgegen treten. Deshalb war die DDR zwar regional gegliedert, aber nicht in Form von „Ländern“ mit eigenen Rechten. Die sog. Fünf Neuen Länder wurden für den Beitritt zur BRD gebildet.

einheitlich in der Schul- und Bildungspolitik, der Polizei- und Justizpolitik, der Infrastruktur. Umwelt- und Kulturpolitik stimmen und verfahren. So „gezügelt“ war der Widerstand der Bundesländer gegen die o.g. Grundgesetzänderungen gering – insbes. wenn ihre jeweilige Parteizentrale in der Bundesregierung bleibt (quasi eine Art Zwang zur GroKo!). Weiters: Seit dem Jahr 2017 koordiniert Hamburg (Oberbürgermeister O. Scholz) die SPD-Bundesländer. Der Wettbewerb zwischen diesen Ländern ist „eingeschränkt“. Vergleichbares gilt für jede Partei, die in mehr als einem Bundesland regiert (also für CDU und SPD). **Der Bundesrat ist so aber ausgehöhlt.** Es bedarf bald nur noch der Treffen der Vorsitzenden der Bundesparteien. Wer aber nahezu stets „stört“ und in den „Wettbewerb“ zwingt ist Bayern. Der Föderalismus „schläft“ wohl ganz ein, wenn die CDU in Bayern zur Wahl antritt und sie oder die SPD in Bayern regiert.

Die Bundesparteien und ihre Kader dominieren Bund und Länder. Sie statten die Länder finanziell nicht ausreichend aus, sie übertragen ihnen Aufgaben und Lasten ohne die angemessenen Kosten zu tragen (wie u.a. in der Sozial- und Flüchtlings-/Zuwanderungspolitik) usw. Sie bzw. die GroKo bzw. der „Bund“ zwingt die Länder indirekt zu Kürzungen bei Schulen, Bildung, Universitäten, Justiz, Polizei usw.. Der Bund entlastet sich auf Kosten der Länder. Dieses **Procedere der Bundesparteien führt zu dem erlebten föderalen Wettbewerb nach unten.** **Wie aber soll Föderalismus in einem politisiert „zentralisierten“ Land anders funktionieren, wenn nicht so „schlecht“ wie der gemanagte, gelenkte realexistierende Föderalismus der BRD.**

Der deutsche Föderalismus ist weder ein politisches Exportmodell noch ein dynamischer Innovations- und Entwicklungsmotor. Wer ihn resp. die „eigenständige“ Rolle Bayerns tendenziell abschaffen möchte, der wird auch nicht einmal eine stärkere Autonomie der Katalanen diskutieren und unterstützen, die der Kurden nur solange, wie man sich machtpolitische Vorteile verspricht (Kampf gegen den IS, Rettung von Menschen, Destabilisierung von Staaten, die der Achse des Bösen zugerechnet werden.

c.

Hat die letzte GroKo ihre zentralisierende Großtat im Rahmen des umfassend „flächendeckend“ dreizehnmal geänderten Grundgesetzes vollbracht, so wird es wie geplant weitergehen, hat doch die **Kanzlerin** bereits unmittelbar nach der Wahl sachlich festgestellt, daß sie **nicht wüßte, was sie anders hätten machen sollen. Ja, schließlich kann keine Wahl an ihrem Gestaltungsziel etwas ändern, sondern nur die Schwierigkeit ihrer Koalitionsbildung erhöhen.**

Es wird planmäßig weitergehen, wenn auch mit einer geringeren Stimmenübermacht der neuen GroKo ab März 2018. Mit einer im Anflug autokratisch lenkenden „sozialdemokratischen“ Vorsitzenden und einer sich gütlich tuenden Altherrenriege bei ruhiggestelltem, privilegiertem Führungspotential gerät der Name „CDU“ in die Nähe einer Marketing-Kreation. Es geht auch weiter mit der „**Merkelisierung**“ nicht nur der

Einfach-Sprache, wodurch mangels fehlender Klarheit und Konsistenz eine Projektionsfläche entsteht, die jedermann beliebig ausleuchten kann. Die GroKo wird wahrscheinlich **vier Jahre** durchstehen, da auch die „jungen“ Mitglieder hinter Merkels Kurs stehen und wer zuerst mit den Hufen scharrt, der hat seine Chance als Kanzlernachfolger*in als Königsmörder*in verspielt. Und Frau Dr. Merkel wird **auch noch die nächste Legislaturperiode** anpeilen (natürlich unausgesprochen), wenn in vier Jahren die „Verbindung“ mit Frankreich noch nicht irreversibel ist (Ziel ihres „alternativlosen“ Strebens) und sie erst dann mehr Jahre als Dr. Kohl im Amt gewesen sein wird (Ziel ihrer Eitelkeit). Die Legislaturperiode wird auf fünf Jahre angepaßt werden. Was ist dann vom Föderalismus noch übrig (außer hochbezahlter Jobs für Politiker)?

Mit dieser deutschen Entwicklung werden Föderalismus und Subsidiarität in der EU politisch zu noch weniger zu beachtenden Arabesken. Warum sollten bei diesem Beispiel BRD in der EU zentralorganisierte Länder wie Spanien ihren Ethnien Autonomie bis hin zur föderalen Staatsstruktur (als möglichen Kompromiß statt eines Austritts aus dem Staat) zugestehen? Die Regierung Dr. Merkel wird wahrscheinlich stets die Regierung Rajoy stützen (mit dem Rechtsstaat).

I.3. Zur EU - Zum Zentralismus

Die Freiheits- und Unabhängigkeitsbestrebungen der Katalanen wurden /werden nicht unterstützt von der EU, scheinbar einem Sachwalter zentralisierter bzw. sich zentralisierender Mitgliedsländer und nicht der Gesamtheit freier Völker, die den nachhaltigen Kit/Zusammenhalt Europas bildeten. Zu den politisch viel beschworenen gemeinsamen Werten gehört offenbar höherrangig ein „entnationalisierter“ Zentralismus in den Mitgliedsländern als das Menschenrecht in Form des UN-Selbstbestimmungsrechts der Völker. Eine vermeintlich einfachere, pragmatische Koordination von Zentralstaaten als Mitgliedsländer wird offenbar in der EU politisch „priorisiert“ (und damit das Selbstbestimmungsrecht „abgewehrt“). Der Weg zur Weltpolitikfähigkeit der EU begrenzt Demokratie und Selbstbestimmung.

Dieses demonstrierten Kanzlerin Dr. Merkel und ihr SPD-Vizekanzler Steinmeier mit der erklärten Öffnung der Grenzen (bei Vernachlässigung von Regeln und Institutionen), dem ungeordneten Zustrom von Zuwanderern und auch von Flüchtlingen sowie der angestrebten quotalen Verteilung von Flüchtlingen über die Mitgliedsländer. Wem das nicht gefiel, wer eine eher homogene Gesellschaft seines Landes wollte, der hätte ausscheiden können (mit der Folge eines massiven Drucks der EU auf den „Aussteiger“ auf dessen wirtschaftliche Entwicklung und gesamtstaatliche Stabilität – vgl. Brexit). Oder aber das Land wird sich auf gemeinsame Werte besinnen müssen: Für Polen heißen diese Werte bspw. rd. 23,2 Mrd. € (für 2014-2020) aus dem sog. EU-Kohäsionsfonds. Dr. Merkel kennt die Alternativlosigkeit – nicht nur ihrer Vorstellung, sondern auch des Geldes in bestimmten Lagen und sie scheint bereit, letztlich jeden Betrag aus

deutschen Steuermitteln dafür einzusetzen. So muß bspw. beim Brexit der EU-Haushalt steigen, höhere Etatansätze haben und nicht nur den Ausfall der Nettozahlungen des UKs kompensiert bekommen, um die EU der 27 zusammenhalten oder „kaufen“ zu können.

Das Konzept EU der GroKo ist für den Standort Deutschland politisch und wirtschaftlich nahezu katastrophal.

Letztlich, und das gilt bspw. für Polen und Ungarn, aber auch für Katalonien (Unterwerfung oder innovatives politisches Freiheitsmanagement), sind Freiheit und Selbstbestimmung weder teilbar noch auf den Konsum und die Privilegierung von Eliten reduzierbar. Der Wert Europas besteht in seinen „befriedeten“ freien Völkern, die dann auch den europäischen Kit bzw. Zusammenhalt darstellen.

II.

Nach dem Gegensatz von Selbstbestimmung und Zentralismus wird ausschnittsweise die Bedeutung einer „Weltpolitikfähigkeit“ der EU analysiert. Dazu gehören großräumigen Perspektiven der Machtpolitik (Türkei, Rußland, Irak, Iran usw.) sowie ein zentrales Antriebsaggregat (Achse Paris – Berlin) sowie die innere Stärkung der EU (Homogenisierung usw.) mit u.a. der Bildung einer Achse Paris-Berlin mit einer französischen politischen und militärischen Dominanz und „Führung“ der EU. Entsprechend:

Die GroKo macht schon seit Tagen vor der Vereidigung wieder krank.

II.1. Die verschobenen Blickachsen – großräumige Perspektiven

Türkei - Rußland

Mit der GroKo geht es unmittelbar um mehr und ausgedehntere Militärmissionen der Bundeswehr – nicht nur im Irak.⁵ Geübt und demonstriert werden soll die „**Weltpolitikfähigkeit der EU**“. Gestärkt wird diese u.a. durch offensive Machtpolitiken u.a. in Form einer Panzerfabrik mit der **Türkei** und der Nachrüstung der dortigen „Leos“ (trotz aller Regierungsdementis?). Die Türkei war und bleibt ein Eckpfeiler für die EU. Es gilt, sie zu stützen und zu binden auch über Dritte – also erhält die aserbaidische Staatsunternehmung CISC eine Bundesgarantie über mind. 1,5 Mrd. US-\$, um Gaslieferungen über den südlichen Korridor durch die Türkei zu ermöglichen (vgl. Jens Spahn, Finanzministerium, noch vor der 4.GroKo) – und das in einem Käufermarkt !! Damit werden der Türkei Transiteinnahmen und Energieversorgung gesichert und der südliche Korridor gestärkt.

⁵So wie die USA im Vietnam-Krieg, den Robert McNamara sowie Henry Kissinger noch auf die Nachbarländer ausgedehnt hatten und den Richard Nixon aufrecht als Verlierer beendete, nicht die Demokratie verteidigt haben (es gibt Interpretationen, die sagen: nicht einmal die in den USA), so wenig verteidigt wohl auch die deutsche Parlamentsarmee in Mali und Afghanistan usw. Richard Nixon schuf aber auch den Brückenschlag zu Rußland und China, indem er beide Länder besuchte!

Aber die Folgen der Türkei-Politik⁶ sind vielschichtig. Damit schoß bereits die amtierende Kanzlerin Dr. Merkel **gegen Nordstream Zwei** und damit gegen **Rußland** sowie seine Verbündeten den Iran und Syrien sowie und gegen Rußlands Annäherung an die Türkei.⁷ Verbunden damit sind zusätzliche Belastungen/Kosten für die BRD, die über die Sanktionen gegen Rußland hinausgehen. Die politisch/diplomatische Rhetorik zur Notwendigkeit, die Gespräche mit Rußland nicht abreißen zu lassen, kann aber auch nur dem Marketing dienen. Dr. Merkel bindet zugleich die Türkei wieder an westliche Waffentechnologie⁸ und **hilft der Türkei** ua. mit weiteren 3 Mrd. € der EU für zwei (?) weitere Jahre des „Flüchtlingsabkommens“ **aus einem möglichen finanziellen Engpaß**, der die völkerrechtswidrige Kriegsführung gegen die Kurden in Syrien und gegen Syrien zu behindern drohte.⁹

Wieviele Menschen erkennen einen Unterschied zwischen der Kriegsführung Erdogans Türkei in Syrien und jener Putins Rußland in der Ostukraine? Worin besteht er wirklich? Einer ist gut, weil man ihn braucht und der andere ist böse?¹⁰

Daß die Türkei die vor ihren Bomben und Leos fliehenden Syrer in ihrem Treck nach Europa hindern werden? Dabei leben in der Türkei die Inhaftierten nach den Zahlungen bis zu den nächsten - deutlich beschützt, weil wertvoll? Und der türkische Rechtsweg ist fair sowie rechtstaatlich ohne politische Einflußnahme?

Merkels Regierung ist die türkeifreundlichste Regierung in der EU und hat Demokraten (also demokratische und progressive Kräfte) in der Türkei

⁶Der türkische Präsident weiß um diese Machtpolitik und spielt mit, um **Vorteile für die Türkei** zu erzielen. Zu seinen erfolgreichen Deals sind wahrscheinlich zu zählen: die gesellschaftliche Homogenisierung und „Geschlossenheit“, das „ertragreiche“ Flüchtlingsabkommen mit der EU, die erhaltene Militärtechnologie, die wahrscheinlich realisierbaren Gebietsgewinne durch Okkupation syrischen Bodens zur Sicherung der dortigen „Befreiung“ und die gewachsene geopolitische Bedeutung der Türkei durch die Politik der USA, Rußlands und der angestrebten Weltpolitikfähigkeit der EU.

⁷ Frau Dr. Merkel nutzte die Zeit als **amtierende Kanzlerin** für ihre alternativlose „Vision“, so daß der Gedanke nicht zu vermeiden ist, daß **die Sondierungs- und Koalitionsgespräche und Abstimmungen zur Regierungsbildung auch deshalb so lange dauerten, damit sie Zeit für ihre Politik hat**– ohne Auseinandersetzungen mit einem Koalitionspartner und ohne dass der dafür öffentlich die Verantwortung mittragen muß.

⁸ Zu Beginn des Ersten Weltkrieges „band“ Wilhelm II das Osmanische Reich an die Achsenmächte auch durch Technologieabhängigkeit mittels u.a. einer geschenkten modernen Flotte, deren erster Kriegseinsatz die Beschießung von Odessa u.a. Städten Rußlands war und durch die Erfüllung massiver Forderungen der Türkei (an Kriegsmaterial, Ausrüstung usw.). Lebt diese Machtlogik wieder auf – nur im Verbund u.a. mit Frankreich?

⁹ Dieser Krieg der Türkei gegen Syrien, der mit dem Kampf gegen Terroristen begründet wird (so wie der syrische Präsident auch seinen Kampf in seinem Land als Kampf gegen Terroristen begründet) ist wahrscheinlich ebenso völkerrechtswidrig wie es die kürzlichen¹² Luftangriffe Israels gegen Syrien waren, denn die „unbekannte“ Drohne ist nur kurz über dem Gebiet der Golan-Höhen geflogen – die Golan-Höhen sind aber von Israel besetztes syrisches Territorium (so die UN !), so daß die Drohne kein israelisches Gebiet überflogen oder bedroht hat.

¹⁰Rußland wird von den USA und UK stereotypisch als böse charakterisiert. Dieses permanente Feindbild hat Tradition. In den Wahlen nach dem Befreiungskampf in Südrhodesien kam Robert Mugabe an die Macht. Nicht verstummende „Gerüchte“ behaupten: mit Unterstützung von UK, des Kolonialherren. Mugabe war kein Anhänger Moskaus, aber des chinesischen Kommunismus. Da Moskau der Feind war, China aber weit weg und Mao unterstützt von der „Linken“, wurde Mugabe unterstützt und von Königin Elisabeth zum Ritter geschlagen! Der „Ehrenmann der Krone“ wurde moralisch durch den Ritterschlag gestärkt dann einer der blutigsten Tyrannen und Zerstörer seines Landes. Welch eine Schande in der Krone der Queen – sie bleibt bestehen wie die Aggressivität des UK gegen Rußland.

zumindest zweimal verraten – so wird **Deniz Yücel** zitiert, der nach seiner Freilassung bewußt nicht mit einer BRD-Maschine unmittelbar, quasi hastig und leise ausflog (und dann politisch „vereinnahmt“ worden wäre), sondern einen Tag später mit einer Maschine der Zeitung.

Irak - Iran - Rußland

„Plötzlich“ geht es jetzt um den Erhalt und die **Stärkung des Irak als Gesamtstaat. Die Kurden** werden wieder auf einen Minderheitenstatus ohne Selbstbestimmungsrecht „zurückgestutzt“. Auch wenn sie den IS erfolgreich bekämpften und viele Menschen (wie bspw. die Jesiden vor der Massenermordung) gerettet haben, was sehr bald politisch vergessen sein wird, erhalten sie nicht ihr Selbstbestimmungsrecht auf Unabhängigkeit in ihren Siedlungsgebieten und derart das Recht den jeweiligen Zentralstaat Irak oder Syrien oder Türkei zu verlassen (den Iran möglicherweise, wenn sie dort zunächst für dieses „US-Pawlowsche Würstchen“ kämpfen und den Iran destabilisieren). So haben die Briten und Franzosen die Grenzen nach dem ersten Weltkrieg so gezogen, daß mit Sicherheit fortwährende Auseinandersetzungen stets Interventionsmöglichkeiten der rein machtpolitisch agierenden Siegermächte bestehen. Schließlich wird versucht werden, den Irak wieder gegen den Iran zu instrumentalisieren. Bezüglich des **Iran** hat sich der Blick insbes. der der US-Regierung „aggressiv“ und Saudi-Arabiens mit dem brutalsten Krieg (auch gegen die Menschlichkeit) im Jemen sowie Israels verändert. Aber Militäraktionen brauchen Vorbereitungszeit (eine spezifische Form der Mobilmachung) und ihren „Anlaß“ (s.u.)

Deutsche Machtpolitiker spielten schon immer weltpolitisch – wenn auch letztlich nicht erfolgreich für die Menschen in Deutschland.

II.2. Ein zentrales Antriebsaggregat der EU: Frankreich mit Deutschland

Die Weltpolitikfähigkeit der EU soll auch durch eine 2014 beschlossene **harmonisierte Industriepolitik Frankreichs mit Deutschland** bzw. eine umfassende „Achse“ Paris-Berlin geschaffen werden: De-Industrialisierung hier, Technologieentwicklung und Arbeitsplätze und Machtzentren dort.

Christian Lindner, FDP sprach beim Abbruch der Sondierungsgespräche von einer De-Industrialisierung und einer falschen Politik in der Art. „Es ist besser nicht zu regieren, als falsch zu regieren.“ **Regiert die Falschheit?** Schließlich findet die De-Industrialisierung bereits statt, ohne dass die regierenden Politiker es sagen – und schließlich war **der Druck Frankreichs** resp. von Präsident **Emmanuel Macron**, der die FDP unter keinen Umständen in der deutschen Regierung akzeptieren wollte (und in der Tat auch mit Herrn Schulz, SPD mehrmals telephonierte), **ungewöhnlich massiv**.

Die deutschen (Transfer-) **Zahlungen**, deren die Grand Nation bedarf, werden an die EU also fließen. Deutschland wird dafür steigende Abgaben und Steuern sowie sinkende „Angebote“ an öffentlichen Gütern erleben (s.u.)

Für diese Frankreich-Politik sorgt eine Art innerer „**Saarland-Koalition**“ (**SaKo**) im Kabinett bzw. die zielstrategische **saarländische Korsettstange**. Warum das Saarland? Es ist innovativ. So gibt es bspw. dort schon lange den Plan, „Französisch“ zumindest als zweite Verkehrs- und Umgangssprache, danach evtl. als zweite Amtssprache einzuführen.¹¹ Und ein Alleinstellungsmerkmal der Universität des Saarlandes ist das Studienfach: Frankophones Deutsch. Das Saarland ist derart richtungsweisend bis vorbildlich.

Die SaKo wird „gebildet“ seitens der CDU zumindest durch den im Saarland geborenen Wirtschaftsminister (Peter Altmaier), eine „saarländische“ **CDU-Generalsekretärin** (Kramp-Karrenbauer) und den DDR-Traum des dritten, französischen Wegs (auch der Bürgerrechtlerin Merkel), kam doch der Staatsratsvorsitzende der DDR auch aus dem Saarland. Darüber hinaus wird es noch **verbindende Staatssekretäre** in den wichtigsten Ministerien geben (Kriterien: Sprachkenntnisse, Studium in Frankreich, „Investmentbanker“?), um jeweils direkte Ansprechpartner für den französischen Präsidenten Macron (ehem. Investmentbanker, Goldman-Sachs) zu haben.

Seitens der **SPD** wird die SaKo bzw. Ausrichtung zumindest „gebildet“ durch einen „saarländischen“ Außenminister (Heiko Maas). Es kommt von „außerhalb“ hinzu Peter Hartz, der Namensgeber für Hartz IV und Inspirator der Agenda 2010 von Gerhard Schröder u.a. mit den Rentenkürzungen sowie der VW-Manager mit Blicke (im brasilianischen Bordell) und Berater in Frankreich.

Außenminister Maas flog bereits wenige Stunden nach der Vereidigung zum Rapport nach Paris¹² und dann nach Warschau zwecks „Aktivierung“ des sog. **Weimarer Dreiecks**. Der jetzige Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, der auch als heimlicher strategischer Außenminister und als Strategie bzw. „Über-Vater“ der neuen GroKo gesehen wird, war als deutscher Außenminister u.a. mit dem französischen Ayrault im Rahmen des Weimarer Dreiecks in der Ukraine tätig. „Er“ schaffte es, mit vielen Versprechungen und Zahlungszusagen, **die Ukraine an die EU** und Nato zu binden. Die Mittel und Wege waren und sind sehr strittig. Aber auch die jüngere Geschichte schreibt der Sieger. So wurde 2014 nach einem Vertragsabschluß und einem nächtlichen blutigen Umsturz, mit der Flucht des gewählten Präsidenten **Janukowitsch** nach Rußland, der Milliardär **Poroschenkow** nach „strittigen“ Wahlen unter derartigen politischen Umständen zum Präsidenten gewählt (Putschregierung?) und der Oligarch/Milliardär **Achmatow** nach zweimaligem Besuch Steinmeiers in der Ostukraine zum Verlassen dieser „bewogen“. Das **deutsche Politik-Marketing** feiert **Steinmeier**.

¹¹ Ist diese Integration eine einseitige Sehnsucht oder eine gegenseitige familiäre Liebe. Letzteres klingt gut und wäre es möglicherweise auch. Gibt es aber vergleichbare Initiativen irgendwo in Frankreich? Sicherlich nicht, denn Frankreich ist nicht föderal. Und wo lebt eigentlich die größte Minderheit in der EU und welche Art von Autonomie hat sie, gibt es dort Schulen mit Lehrern ihrer Sprache usw. usf.?

¹² Der österreichische Kanzler Kurz flog nach seiner Wahl entgegen der Tradition zum ersten Auslandsbesuch nicht nach Berlin, sondern nach Paris.

Die **USA und UK** sind die bedeutendsten „sicheren“ Häfen für russische und ukrainische Milliardäre. **London** löste die Schweiz als Ort der **Geldwäsche** ab (der Kunsthandel blüht stets, die britischen Museen ebenso) **und scheint** von dem Geld dieser Personen, also dieser politischen und wirtschaftlichen Akteure **abhängig** zu sein, so daß London diese Rolle irgendwann nicht weiter spielen wollen, so daß Jersey und die Isle of Man sowie die Cayman Islands es übernehmen werden. Also versucht Theresa May diese Personen durch ihre Haltung gegen Moskau zu beruhigen und weiter zu binden. Aber es geht um mehr (s.u.).

II.3. Stärkung der EU:

Innere Homogenisierung mit De-Industrialisierung hier

II.3.a. Zum Steuerwettbewerb in der EU

Da die **Weltpolitikfähigkeit** Geld, viel Geld kostet, darf der EU-Kern ebenso wenig gefährdet werden wie der freie Handlungsspielraum der EU, eher das dafür notwendige Steueraufkommen in Deutschland. Auf die **Niederlande** Druck auszuüben, weil sie mit ihrer nationalistisch-niedrigen Körperschaftssteuer (u.a. wie Irland) unfaire Standortpolitik betreibt, könnte die EU-Stabilität gefährden. Dass die **Linde AG** jetzt in Deutschland de-listet wird und dafür **in Amsterdam** gelistet, ihre Hauptverwaltung nach Amsterdam verlegt und dabei viel Steuern spart, ist bei einer derartigen Europapolitik der BRD auch nicht zu vermeiden und war zugleich der CDU politisch nicht ganz unangenehm, hat die CSU doch für den Fall Linde auch bei der Bundestagswahl „geblutet“. War es eine Genugtuung für die Kanzlerin Dr. Merkel? Dabei kam der Anstoß zum neuen Firmensitz in Amsterdam durch den Fusionspartner von Linde, dem US-Unternehmen Plain-Air, um Steuern zu sparen. Bald nach der Fusion aber wird Linde wahrscheinlich erleben, dass es als der vermeintliche Übernehmer der Übernommene wird und dieses Dank der US-Steuerreform mit jetzt niedrigeren Steuern ein/der Hauptsitz der neuen Unternehmung in den USA bleibt.¹³

Einen ähnlichen Übernahmewechsel wird Monsanto mit der Bayer AG durchführen, verliert Bayer doch durch die von Wettbewerbsbehörden erzwungenen Verkäufe hochprofitable Sparten (mit wahrscheinlich höherer Rendite als Monsanto) an relativem Gewicht in dieser Fusion. Die Liste derartiger „Deals“ ist lang.

Aber so werden **die EU-Länder „homogenisiert“ bzw. Deutschland angepaßt** und damit eine Vorbedingung für eine funktionsfähige EZB und den Euro geschaffen. Die Homogenität der Mitglieder ist eine ökonomische

¹³ Der Vorstandsvorsitzende der Linde AG (Dr. Wolfgang H. Reitzle) sah für **Linde** offenbar nur eine Überlebenschance in der Fusion. Er bereitet dem französischen Konkurrenten Liquid Air eine Freude, wird die Kartellbehörde sicherlich verschiedene Unternehmens(teil-)verkäufe von Linde fordern. Sind es „economies of scale“ und Mechanismen des globalen Wettbewerbes mit dem **Phänomen des Superstars** oder ist es ein Phänomen von erfolgsgewohnten eitlen Managern oder von ihr Vermögen maximierenden Managern, daß sie häufig für „ihre“ Unternehmung nur in „Groß-Fusionen“ eine Überlebenschancen sehen (quasi alternativlos oder als „Schnäppchen“) und sie sich zugleich die Wahrscheinlichkeit des Untergangs in der Fusion gering reden oder als ein vernachlässigbares Restrisiko behandeln? Es gibt viele Beispiele, in diesem Kontext siehe u.a. die frühere Hoechst-AG (Jürgen Dormann) oder auch die Deutsche Börse AG usw..

Voraussetzung für eine funktionsfähige Währungsunion – bis dahin gibt es keine optimale Geldpolitik für die Währungsunion. bis dahin ist die **EZB eine politische Institution der EU.**

Die einfachen Instrumente einer De-Industrialisierung sind Bürokratie sowie übermäßige Regelungsdichte und vor allem hohe Energiekosten sowie besonders bedeutsam eine relativ hohe effektive Steuerbelastung.

II.3.b. Zur Mobilitäts-/Verteidigungstechnik

In den Gesamtzusammenhang der „Homogenisierung“ gehört u.a. die Fusion Alstoms mit Siemens Mobilität zu „**Alstom-Siemens**“ bei einem **De-Listing in Deutschland** sowie dem **Börsenlisting in Paris**, dem Chef von Alstom Henri Poupart-Lafarge als CEO von Alstom-Siemens¹⁴ (und einem Deutschen als Vorsitzenden des Aufsichtsrats) sowie der Unternehmenszentrale und der Zentrale für Schienenfahrzeuge in Paris (der für Mobilitätslösungen in Berlin) – wobei „Politik“ und Entscheidungen von Menschen getroffen werden, politisch ausgehandelte Anteilsverhältnisse 48:52 (Siemens) spielen längerfristig keine Rolle. Die Täuschung bei der verkündeten Übernahme der spanischen Gamesa durch Siemens zur letztlich spanischen Unternehmung wird hier bei Alstom auf französisch wohl wiederholt.

Deutschland wird wohl auch bald u.a. in Frankreich gebaute und technisch gewartete U-Boote kaufen (die BRD verliert dann das Know-How – auch in der Batterie-Technik) und den „**gemeinsamen**“ **französisch-deutschen Panzer**. Die Holding aus der Fusion von **Kraus-Maffei KM (München)** und **Nexter** (Versailles), jeder hält 50 %, **sitzt in Amsterdam**. Nexter gehört dem **französischen Staat** und bringt den Panzer Leclerc, den kaum jemand außer Frankreich nachfragt sowie freie Produktionskapazitäten ein. KM, im **Familienbesitz** (Fam. Bode-Wegemann), produziert den Leopard. KM „flüchtete“, wie viele Unternehmung angesichts der stets umfassender werdenden deutschen Bürokratie und politischen Einflußnahme aus Deutschland, konkret aus München mit seiner langsam fortschreitenden De-Industrialisierung und schlechteren Wahlergebnissen der CSU (beides gehört vielleicht zum Ziel der „CDU“ Kanzlerin).

Für die Bundesregierung sind es keine militärischen Schlüsselindustrien. Derartige Entscheidungen und Fusionen führen längerfristig zu einem **reduzierten Export Deutschlands auch an Militärtechnik** wegen der anteiligen Zurechnung, selbst wenn insgesamt mehr exportiert werden wird.

¹⁴ Seit Herbst 2017 leitet die gebürtige Französin Soussan bereits die Siemens-Bahntechnik (zusammen mit Michael Peter). Die französische Standort- und Personalpolitik macht das (schon geschönte) Anteilsverhältnis von 52 % Siemens und 48 % Alstom zu einer machtlosen Relation und führt mit fast absoluter Sicherheit zu einem französischen Unternehmen mit neuem Namen. So wird aus der durch Intervention des französischen Staatspräsidenten vor Jahren verhinderten Übernahme letztlich eine Übernahme der Siemens-Sparte durch Alstom.

Man betrachte das Schicksal der **Hoechst-AG**, einem der ehemals drei großen deutschen Chemie- und Pharmakonzerne BASF, Bayer und Hoechst. Der Zusammenschluß mit Rhone-Poulenc zu Aventis, Listing in Paris usw. 1998/1999 führte unter Intervention und Direktive des französischen Präsidenten **Nicolas Sarkozy** (siehe seine Libyen-Verbindung) durch eine zweite, nachfolgende französische Fusion zum Verschwinden von Hoechst und einem rein französischen Unternehmen: Sanofi entstand aus Sanofi-Aventis. **Die Geschichte derartiger Fusionen ist lang, die der jeweiligen deutschen Unternehmung kurz.**

Dabei „soll“ KM unter deutscher Rüstungskontrolle bleiben – falls es rechtlich und politisch funktionieren kann, was durchaus zu bezweifeln ist, wird letztlich die Produktion des in der Entwicklung befindlichen Leopard X verlegt werden.

Deutsche Ökonomen werden es, ebenso wie eine neue EU-Verteidigungsgemeinschaft begrüßen und als Win-Win-Situation erklären. Diese Fusionen werden Frankreichs strukturelle Unabhängigkeit stärken und neben Technologie auch Produktion, Arbeitsplätze und Gewinne bescheren. Für die BRD werden derartige sog. werthaltige Integrationsmaßnahme im Bereich EU-Verteidigungsgemeinschaft mit reduzierten Beschaffungskosten (c.p.) gesehen – unberücksichtigt bleibt, dass der deutsche Produktionsanteil bzw. der Teil der Wertschöpfungskette und das Know-How u.U. sogar drastisch sinken können. Die nicht-werthaltige Integrationsmaßnahme ist und war seit Beginn der EWG die Gemeinsame Agrarpolitik, die aber bei diesem weiteren Integrationsschritt dennoch weitestgehend bestehen bleiben wird.

Der Traum der DDR vom dritten Weg des Sozialismus, der französischen Variante paßt scheinbar immer besser als Leitbild der letzten und jetzigen GroKo. Vielleicht bedauern viele „Europäer“, dass Napoleon das hat nicht erleben dürfen, was wäre dann aus Napoleons Frankreich und was aus Preußen und Moskau geworden? **Die EU sollte Rußland nicht in die Hände Chinas oder des Wettrüstens mit den USA treiben.** Das ist das Gegenteil von Weltpolitikfähigkeit (wenn gleich Ausdruck wirtschaftlicher Stärke). **Rußland muß stets als potentieller Partner gesehen und behandelt werden, als quasi strategischer Partner für den Frieden in Europa, Eurasien und Asien.**

Für die Dominanz sowie Balance und Sicherheit in einem Integrationsraum entscheidend ist die gegenseitige Abhängigkeit. Frankreich aber ist bisher nicht und wird auch weiterhin keine Art von **struktureller Abhängigkeit** eingehen, schon gar nicht in der Verteidigung. **Frankreich wird derart politisch und militärisch das die EU dominierende und führende Land werden, Deutschland der arbeitende Versorger bzw. Tender.**

Dieses entscheidet sich spätestens dann, wenn der deutsche Bankensektor resp. die Deutsche Bank untergrenzig zweit- bis drittrangig und Paris der überlegene „Gewinner“ aus dem Brexit werden. Ein starkes Bankensystem ist kein strategischer Sektor für die GroKo.

III. Zur internationalen Entwicklung

Es werden abschließend weltweite Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die BRD/EU analysiert. Dazu gehören die weltweit sinkenden Unternehmenssteuern mit einem steigenden Steuerwettbewerb sowie die internationale Handelspolitik. **Es wird „enger“ werden für die BRD**, China wird ein starker Konkurrent nicht nur im Bereich von technischen Innovationen („Ingenieurskunst“) werden. **Die Politik der Kanzlerin Dr. Merkel hat die Überschüsse der guten Jahre „verbrannt“** – nicht nur in Griechenland, ohne dort jeweils wirklich zu helfen. Der jetzige „Aufholprozeß“ zur Reduktion der Verluste aus der Politik der letzten Jahre

(Schulen, Infrastruktur, Justiz und Recht usw.) wird bald nach der Grundgesetzänderung enden. Es geht um das Gestaltungsziel und stets um Machterhaltung. **Klientelpolitik ist keine nachhaltige Wirtschaftspolitik!**

III.1. Zum internationalen Steuerwettbewerb der BRD

Die erklärte Weigerung der Kanzlerin Dr. Merkel, die Steuern in Deutschland dem veränderten internationalen Steuer-Wettbewerb anzupassen, verstärkt derartige unternehmerische Standortverluste (s.o.) bzw. schwächt die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland.

Deutschland wird wahrscheinlich durch die US-Steuerreform am stärksten verlieren.

Wenn das UK nach dem Brexit die Steuern senkt, dann handelt es ökonomisch logisch und weder unfair noch europafeindlich. Eine derartige Diese Regierungs-/ **Politik-Rhetorik zielt auf die eigene Bevölkerung und soll wie üblich Druck ausüben** und zur Akzeptanz von „restriktiven“ Maßnahmen in der Bevölkerung vorbereiten. Denn es gilt der GroKo als unmöglich, den Soli abzuschaffen (eine Forderung der FDP in den Sondierungsgesprächen, die hinter einem politischen Wortschleier letztlich abgelegt werden sollte), um die mittels der Nullzins-Politik der EZB unter (dem Ex-Goldman-Sachs-Banker) Mario Draghi (weniger durch Wolfgang Schäuble und die Kanzlerin) erreichte „Schwarze Null“ nicht zu gefährden.¹⁵

Es wird wahrscheinlich zu Steuererhöhungen und weitreichenden Privatisierungen kommen.¹⁶

Der finanzielle Druck wird erheblich wachsen. Schließlich hat die vorherige GroKo Deutschland nicht nur zu seinen historischen höchsten Energiepreisen geführt (derweil die Preise international sinken) und zu beträchtlichen sozialen Spannungen mittels einer verkorksten Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik verholfen (mit steigender Belastung der Sozialsysteme), sondern auch noch zu einer zu hohen Abgaben- und Steuerbelastung.¹⁷

III.2. Zum internationalen Handel: Leistungsbilanzungleichgewichte

Frau Dr. Merkel wird in ihrer IV. GroKo auch den europa- und weltweit angeprangerten **Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik massiv**

¹⁵ „Wir haben uns alle gemeinsam die „Schwarze Null“ vorgenommen. Das fanden alle von selber richtig.“ (O. Scholz, siehe HB). Und schon finanzieren sie den größten, teuersten Bundestag und die größte Anzahl an Staatssekretären und Staatsminister aller Zeiten! Die Zustimmung der SPD hatte einen hohen Preis. Es herrschten Kuhhandel und „Selbstbedienung“ und Proporzdenken.

¹⁶ Für beide Maßnahmen wird Olaf Scholz, SPD politisch verantwortlich sein. Die Alt-Herren der CDU werden sich noch über den „Verlust“ des Finanzministeriums freuen. Dabei erscheint die SPD für die zukünftigen Notwendigkeiten (Privatisierung, Steuererhöhung) besser geeignet zu sein – Privatisierung: Hat Hamburg nicht den höchsten Anteil privater Krankenhausbetten und Schleswig-Holstein mit einem Bekannten als Chef der Universitätskliniken den zweitgrößten? PPP-Projekte (Public-Privat-Partnerschaft) werden stark steigen. – Steuererhöhungen: „Brennen“ große Teile der SPD nicht darauf, die MWS und „Reichen-Steuern“ zu erhöhen?

¹⁷ Angesichts der außerordentlichen Abgaben- und Steuerbelastung der sog. Singles in der BRD ist deren Migrationsquote erstaunlich gering.

reduzieren¹⁸ - die Zustimmung dazu seitens der Linken (Frau Dr. Wagenknecht ua.) und der Grünen sowie der SPD sind ihr sicher obwohl die Überschüsse notwendig sind, um die aus Solidarität geforderten Zahlungen der BRD auch in die EU leisten zu können. Wahrscheinlich werden die Arbeitslosigkeit im Niedriglohnsektor real sinken. Dabei ist der Abbau des Überschusses nicht schwer, es müssen die gesamtwirtschaftliche Ersparnis und damit die Kapitalexporte gesenkt werden. Durch eine Reduktion der deutschen Einkommenssteuern steigen die Einkommen aller Bürger und damit deren Importe. Es können die Außenzölle und der Grad des Protektionismus der EU (seitens der EU) gesenkt werden bzw. es muß liberalisiert werden. Steigende Zinsen (seitens der EZB)¹⁹ führt zu einer Aufwertung des Euros und einer Reduktion der Exporte.

„Helfen“ könnten ihr **zollpolitische Maßnahmen** des US-Präsidenten (nicht nur auf Stahl²⁰ und Aluminium). Auch Donald Trump will den Leistungsbilanzüberschuß der BRD und den der EU senken. Aber natürlich möchte die deutsche Autoindustrie ebenso wie viele EU-Politiker und französische Politiker die Muskeln anspannen und dann Retorsionszölle einführen – auf diverse ausgewählte US-Produkte, die selektiv überwiegend aus Fabriken in Wahlkreisen der Republikaner kommen. In den USA stehen die „Halbzeitwahlen“ an.

Donald Trump will keine Kontinuität des alten Konsensus. Er wird per Dekret große Teile seiner „Wahlkampf-versprechen“ erfüllen. Dazu gehören die Steuerreform und die Repatriierung von u.a. in Steueroasen geparktem Kapital und die Attrahierung weiterer Auslandsinvestitionen in den USA verbunden mit dem Import von neuen Technologien und auch Arbeitsplätzen (die der US-Arbeitsmarkt mangels qualifizierter Arbeitskräfte kaum schnell wird ausfüllen können). Darüber hinaus wird er das permanente US-Leistungsbilanzdefizit (gemäß einer immer mal wieder erhobenen Forderung auch aus Europa) ebenso wie das permanente Budgetdefizit mit der Drohung eines „shut-down“ zu reduzieren versuchen. Er hofft dieses gemäß saldentechnischer Überlegungen zu erreichen, indem er die

¹⁸ Zu den Mitteln gehören die Industriepolitik mit einem „Ranking“ der Systemrelevanz von Industrien („Schlüsselindustrie“) und dadurch der De-Industrialisierung, Kauf von Waffentechnik in anderen Ländern, höhere Zahlungen an die EU zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der anderen EU-Länder, Schuldenübernahmen und reduziertes Angebot an öffentlichen Gütern sowie bekanntlich höhere Energiepreise, Standortkosten, Bürokratie usw.

¹⁹ Die politische Aufnahme von EU-Mitgliedsländer in die EWU (z.T. entgegen den Warnungen von Ökonomen) und das finanzielle Abenteuer der Finanzierung von Griechenland usw. schafft der EZB eine Wahlmöglichkeit oder der Politik ein Alibi: Soll die EZB den Euro sichern, muß sie die Geldpolitik primär an den „Südstaaten“ ausrichten. Sie ist damit nicht optimal für die EWU. Entsprechend ist der EZB eine Zinserhöhung nicht möglich – oder erst, wenn Deutschland u.a. über Euro-Bonds und eine „EWU-weite“ Einlagensicherung das Zinsänderungsrisiko der „Südstaaten“ übernimmt. Also werden eine Transferunion, gemeinsame kreditfinanzierte Ausgabenprogramme und ein (von Macron angeregtes) EU-Finanzministerium gefordert. Und die „Südstaaten“ werden obsiegen, hat Frau Dr. Merkel doch zum Ende der letzten GroKo für weitere Kredite an Griechenland und damit gegen den eigenen Finanzminister Wolfgang Schäuble (zur Freude Macrons) gestimmt.

²⁰ Wie schmerzlich wird die Politik von Thyssen-Krupp der letzten Jahre unter den bekannten Führungspersonen. Erst werden zu lange Millionen um Millionen in den Bau eines neuen Stahlwerks in den USA gesteckt (und auch eins in Brasilien), dann wird das fertige Werk mit großen Verlusten zu früh verkauft und jetzt gibt es möglicherweise Schwierigkeiten beim Stahllexport in die USA, wobei man mit einem neuen Werk in den USA gewaltig hätte verdienen können. Da wurde Unternehmenssubstanz gekonnt verbrannt.

Leistungsbilanzüberschüsse ua. von Deutschland, aber auch von China (und allen anderen Überschußländern) zu reduzieren trachtet.²¹ Er reduziert derart auch die US-Verschuldung im Ausland.

Es ist durchaus folgerichtig, **das Wirken der Welthandelsorganisation (WTO)** und der Politiken einzelner Länder zu betrachten. Der chinesische Renminbi (Yuan) war jahrelang **unterbewertet zu Lasten des US-\$**,²² so daß China auch noch zum Schaden von Mensch und Umwelt mit unterbezahlten Wanderarbeitern usw. die Kohleförderung und Stahlproduktion (es waren staatliche Schlüsselindustrien) derart gigantisch mit economies-of-scale ausbaute, so daß die Stahlproduktion in den USA immer weiter zurückgefahren werden mußte²³ zugunsten von Importen. Darüber hinaus subventioniert China seine Exporte, diskriminiert ausländische Güter (mittels ungenügende Verfolgung des Diebstahles von geistigem Eigentum usw.). Der Handel im Pazifik-Raum explodierte geradezu, die USA wendeten sich dem Pazifischen Raum als zentrale Wachstumsregion zu (und vom atlantischen Raum ab). Selbst Ökonomen waren fasziniert von der Dynamik und den Gewinnchancen. Dieser steigende Handel/Gütertransport verstärkte die **Umweltbelastung** außerordentlich. Die internationalen Organisationen schauten zu Gunsten Chinas weg.

Eine besondere Bedeutung in der chinesischen Politik des catching-up hatte das Konzept der **Sonderwirtschaftszone**, ein bekanntes Instrument der Industrialisierung oder Transformation eines Landes. Ihre Wirkung beruht dabei u.a. darauf, daß ausländische Unternehmen ihre Betriebe in die als Sonderwirtschaftszone institutionalisierte Region verlagern (also Arbeitsplätze „outsourcen“) und dort mit niedrigen Löhnen, nahezu keinen Steuern usw. exportorientiert produzieren. **Die USA „verlagerten“ ihre Wirtschaft durch Investitionen quasi nach China.** Und China hatte einen ganzen Gürtel dieser Zonen entlang der Küste erfolgreich eingerichtet. Es waren keine kleinen Freihäfen, sondern eher kleine Länder. Es ging nicht nur um Stahl und Aluminium, sondern um Industriegüter von Chips/IT bis zu (Kinder-) Spielzeug und auch Lebensmittel, also tausende verschiedene Güter. Die Investoren (auch aus Deutschland) brachten nicht nur

²¹ Es bleibt aber bei einem US-Leistungsbilanzdefizit – ansonsten hörte der US-\$ auf, Weltreservewährung zu sein.

²² Die Größe Chinas führte bei seiner geographischen Teilung in eine landseitige und eine seeseitige „Hälfte“ dazu, daß der Renminbi für den aufholenden, sich „über-See-integrierenden“ Teil unterbewertet war und das dortige Wachstum besonders stimulierte. Für den landeseitigen Teil war der Renminbi überbewertet, wobei dieser restriktive Effekt mittelfristig akzeptiert wurde (u.a. weil er die Wanderung der Arbeiter förderte), während er langfristig durch die Seiden-Straßen-Initiativen ausgeglichen werden soll. Ansonsten gab es keinen einheitlichen Finanz- und Bankenmarkt in China.

Auch für die EU ist der Euro-Wechselkurs nicht optimal, er wirkt für Deutschland expansiv wie ein Entwicklungsinstrument und für die südlichen Mitgliedsländer mit schwacher internationaler Wettbewerbsfähigkeit tendenziell restriktiv. Zur Reduktion der Überschüsse im Handel mit den USA muß die Geldpolitik der EZB sich an der wirtschaftlichen Situation Deutschlands orientieren und nicht an der Griechenlands und Italiens usw.

²³ Natürlich haben viele US-Bundesstaaten den **Strukturwandel** nicht richtig erkannt und angegangen. Aber hat es bspw. NRW nach über 30 Jahren geschafft?

Ausbildung und moderne Technologien nach China, sondern auch gewaltige Devisenreserven.²⁴

Die Ökonomik betrachtet dabei ein relativ kleines Entwicklungsland und ein großes Industrieland wie die USA, das diesen Entwicklungsprozeß (catch-up) des kleinen Landes ökonomisch nicht wirklich fühlt. Aber die vielen chinesischen Sonder-wirtschaftszonen waren sehr groß, strategisch diversifiziert und koordiniert geplant und bauten schnell (auch wegen der Größe Chinas in den alten Industriekernen) Industrien mit großen economies-of-scale Effekten auf. Damit dieser Wettbewerb zu Gunsten Chinas ausgeht, hat China sofort den Auf- und Ausbau der (heimischen und weltweiten) Infrastruktur sowie der Kreativ-Innovations-Industrie betrieben (auch mittels Aufkauf von ausländischen Unternehmen, finanziert aus den schnell gewachsenen Währungsreserven und Mißachtung des geistigen Eigentums). Bei einem derartigen Aufhol- und größtenteils Nachahmungsprozeß kann eine zentrale Planung effizienzsteigernd wirken (gegenüber einem freien, un gelenkten Marktprozeß). **Die zentrale Planung durch die kommunistische Partei war und ist ein zentrales Charakteristikum des chinesischen Modells.**

Eine derartige historische Beobachtung und Erklärung liefert die „Blaupause“ für Trump: Zurückgewinnung des Kapitals und der Unternehmungen zwecks Re-Industrialisierung mittels anreizorientierter Innovationen in allen Bereichen durch Steuersenkung, steuerliche Investitionsanreize und Schutzzölle in den Bereichen, in denen es zumindest als unfair empfundenen Praktiken anderer Länder gibt.

Dabei spielt es für die USA offenbar keine Rolle mehr, dass das **GATT** und später dann die **WTO** in jeder Liberalisierungsrunde über Jahre und dabei große komplexe Paketlösungen verhandelt hat. Die WTO ist seit Jahren festgefahren (TPP und TTIP waren gedachte Alternativen zur weiteren Förderung des Handels in ausgewählten Ländergruppen). Im Pazifischen Raum stehen die Globalisierungs-Ideen Chinas und die der USA gegeneinander. Die industriell-führende USA isolieren sich mit TPP, indem sie den Freihandel nur mit ausgewählten Ländern forcieren wollen – im Gegensatz zu dem sog. Entwicklungsland China bzw. der offiziellen chinesischen Rhetorik. **Trump stieg aus TPP aus, beginnt mit allen Ländern bilateral zu „verhandeln“.**

Also werden jetzt schnell, da es **nicht WTO konform** ist, einzelne Produkte - beginnend mit Stahl (ua. China), Aluminium (ua. Kanada) und Autos (ua. Deutschland) herausgenommen und dann jeweils „spiegelbildliche“ Maßnahmen getroffen, also Retorsionszölle einzuführen versucht. Gibt es bspw. im Ausland politisch geschaffene Hilfen für den Export eines Gutes, dann wird mindestens in Höhe dieser Förderung ein Importzoll eingeführt. Wenn bspw. Kanada bei den Nafta-Verhandlungen den USA weiter entgegenkommt, verzichten die USA auf die Einführung/Erhebung des Zolls bei Aluminium. Für Mexiko gilt Vergleichbares ebenso wie für die BRD bzw. der EU. **Bereits Trumps Ankündigung führt zum Entgegenkommen Kanadas, Mexikos und auch der EU.** Trump gewinnt für die USA. Auch **China wird den USA sehr stark entgegenkommen (müssen).**

²⁴ Lenin soll einmal gesagt haben, daß die Kapitalisten ihm auch den Strick liefern werden, mit dem er sie aufhängen wird. Natürlich kam es schon systembedingt nicht dazu.

Das ist der jeweilige bilaterale „Deal“ und zugleich kein möglicher Streitfall mehr vor der WTO. Gibt es keine bilaterale Verständigung/Entgegenkommen zu Gunsten der USA – kann es anhängig bei der WTO werden und dort lange „hängen“ u.a. aufgrund fehlender Richter usw. und zu hohen Verlusten bei den anderen Ländern führen. **Diese Politik gefährdet den Multilateralismus des internationalen Handels** und die optimale internationale Arbeitsteilung. Viele, aber nicht alle werden dann verlieren – aufgrund aber wessen politischen Spieles?

Trump spielt ein Machtspiel, er fühlt die USA in der jüngsten Vergangenheit als Verlierer von GATT und WTO, Schuld sind auch die Europäer – schon die EWG begann 1957 mit einem Zollverstoß gegenüber dem GATT als wirtschaftlich auftretende politische Veranstaltung von „Möchtegern“ wie Frankreich nach der Suez-Katastrophe 1956 Adenauers BRD, die sich durch die USA nicht mehr ausreichend geschützt sah! Und die europäischen Kolonialmächte (insbes. Frankreich, Belgien, Niederlande, UK) haben schon die geplante Nachkriegsordnung 1944/45 mit der ITO (International Trade Organisation – das realwirtschaftliche Pendant zu Weltbank und IFW) u.a. durch Zutrittsbarrieren zu den Kolonien/Entwicklungsländer zu Fall gebracht. Der US-Kongress konnte die „Bedingungen“ der Europäer nicht akzeptieren, die ITO scheiterte. Auch heute ist der Grad der EU-Protektion relativ hoch und wird weiter erhöht (Anti-Dumping Zölle gegen China). Europa war weder Erfinder noch Hort der Meistbegünstigung und des Multilateralismus. **Der Sachverständigenrat** scheint mit seinem Rat, nicht nachzugeben und die Meistbegünstigung in die falsche Richtung zu zielen. Europa ist kein Hort des internationalen Rechtes, keine Wirtschaftsmacht sui generis. Deutschland ist nicht der erhobene Zeigefinger einer „Oberlehrerin“, Die USA sind und bleiben unser Partner. Fehlentwicklungen müssen korrigiert, Verletzungen der USA auch anerkannt und beseitigt werden
Deutschland, die GroKo, Frau Dr. Merkel müssen ihre Haltung ändern und ökonomisch logischer werden.

IV. Faszination

Natürlich sind viele Deutsche für die Globalisierung und gegen jeden sog. US-Protektionismus, weil sie die Konzepte in einer scheinbaren Welt nur von Gewinnern oder Verlierern sehen wollen. Aber sind sie auch gegen europäischen Protektionismus, gegen die jahrzehntelange Politik „gegen“ Afrika und in Verbindung mit deren korrupten Eliten, usw.? Erkennen sie, daß keiner der beiden globalen Prozesse per se sozial oder unsozial, wohlfahrtfördernd oder wohlfahrtsmindernd ist. Wessen Wohlfahrt – die des eigenen Landes, des Drittlandes, Europas, der Welt?

Die von autoritären Politikern, von Autokraten bis hin zu „göttlichen“ Ideologen, regierten Zentralstaaten faszinieren mit ihren Wachstumsraten. Nicht nur China erscheint vielen Politikern („Materialisten“ ebenso wie „Kapitalisten“, Oligarchen so wie Milliardären usw.) und Bürgern (einschl. vieler Ökonomen) als „sehr akzeptabel bis vorbildlich“. Dabei geht es um kalte Machtpolitik (ein Eisberg ist wärmer) und Dominanz. Es „siegen“ Einparteiensysteme.

Die Ideen der Aufklärung (statt Marketing) und der gesellschaftlichen, humanitären Werte (statt verkümmerte Demokratien usw.) verblasen. Bei Bildern/Photos können immer weniger Menschen wahre von virtuellen unterscheiden. Immer mehr

Menschen verlieren derart unbemerkt Unterscheidungsmöglichkeiten und damit letztlich ihr Urteilsvermögen sowie ihre Orientierung. Sie glauben an das, was sie nachsprechen. **Es siegt das Marketing von machtbesessenen** Milliardären/Oligarchen und Kaderorganisationen.

Aber es ist kein Wunder, die Geschichte kennt viele Beispiele. So waren für viele Deutsche nach den Folgen des verlorenen Ersten Weltkrieges und Versailles die ersten fünf Jahre nach der Machtergreifung technologisch, wirtschaftlich, sportlich usw. reine Faszination – diese erfolgreiche fortschrittliche streng politisch strukturierte Industrie- und Infrastrukturpolitik mit Schlüsselindustrien und zentraler Forschungspolitik usw. Man hört es selten: „Ja“ oder „Es war nicht alles schlecht“ mit dem Nachsatz: „.. wenn bloß nicht das und das gewesen wäre“ – politische Repression und Überwachung, sog. Terrorbekämpfung bei zivilen Bestrebungen nach Selbstbestimmung, Todesstrafe usw. Aus „political correctness“ werden kaum kritische Fragen gestellt.

Und regiert nicht in großen Teilen der (keynesianischen) gesamtwirtschaftlichen Analyse immer noch der sog. wohlmeinende Diktator? Sind für Kaleckianer die NS-Staatsprogramme der Wiederaufrüstung, der Infrastrukturpolitik usw. nicht die bisher größten und erfolgreichsten Beispiele einer schuldenfinanzierten strukturellen Konjunkturpolitik bzw. eines sog. Debt-Management? (Zur Vermeidung von Irrtümern: Kaleckianer verurteilen derartige Programme und Schuldenpolitiken.)

Weltpolitikfähigkeit setzt die geopolitische Macht als oberste Priorität der EU und evtl. der Gesellschaft, ordnet alles Andere unter. Sie gefährdet, verdrängt den Traum der Deutschen (nicht nur in der alten BRD-West): In Frieden und möglichst anständig zu leben!“ Ein Traum der meisten Menschen dieser Erde.

Kommentar-Splitter zu Ereignissen nach Abschluß des Hauptkommentars:

I.

US-Präsident Georg W. Bush täuschte die Welt und die UN mit vermeintlichen Massenvernichtungswaffen in Händen von Saddam Hussein **und zog** mit der widerlegten Behauptung eines bevorstehenden Angriffs auf die USA begründet als Selbstverteidigung zusammen mit dem UK **in einen sog. Präventivkrieg gegen den Irak** (Morgen vor 15 Jahren). Es war **eine völkerrechtswidrige Militärintervention mit einer Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen!** Aber die USA und UK konnten und können mit ihrem Vetorecht jede Verurteilung durch den Sicherheitsrat verhindern. Ein nicht akzeptabler Inhalt des Vetorechts. Die USA wurden „unterstützt“ von 43 „willigen“ Staaten, die z.T. ihre Kosten von den USA erstattet erhielten. Krieg als „Geschäft“ - wie für das beteiligte private Militärunternehmen „Black Water“. Zu den Staaten gehörten u.a. aus der alten UdSSR: Estland, Lettland, Litauen und Polen sowie Armenien, Aserbaidschan und Georgien aber auch die Türkei, Saudi-Arabien und die VAR und Dänemark und Norwegen. Der britische PM John Major hat sich später dafür öffentlich entschuldigt – wenigstens!

US-Präsident Trump weist jetzt 17 russische Diplomaten aus, weil Rußland verdächtig (!) wird, den US-Wahlkampf beeinflußt zu haben – quasi unmittelbar

nach dem er seinen Außenminister Rex Tillerson unwürdigst aus dem Amt entlassen und den Direktor des CIA, Mike Pompeo zum neuen Außenminister eingesetzt hatte.

Die britische PM Theresa May weist zeitgleich 23 russische Diplomaten aus und erklärt aufgrund von einfachen Indizien und Analogieschlüssen ohne abschließende Untersuchung sowie internationale Beteiligung: Rußland für „**schuldig des versuchten Mordes**“ an Sergej Skripal, des seit rd. 10 Jahren abgekühlten, abgeschöpften und von Moskau im Tausch an England übergebenen Doppelspions. Rußland wird **verdächtig** (!) an dem Giftgasanschlag am 4.3.2018 Salisbury beteiligt gewesen zu sein. Und sie verweist auf einen früheren Giftmord, auf die Ostukraine und Krim, sowie auf die Verdächtigungen, daß es den US-Wahlkampf beeinflussen wollte, und verweist auf Cyber-Angriffe auch gegen Deutschland/Berlin usw. Dabei ruft sie befreundete Nationen wie u.a. die USA und Frankreich mit Deutschland ebenso um Beistand und Unterstützung auf wie die Nato und den UN-Sicherheitsrat. Mit der Wertung des Geschehens als einen feindlichen russischen Chemiewaffeneinsatz auf britischem Boden klassifiziert sie, wohl in Abstimmung mit Trump, Rußland als Terrorstaat. Zugleich wird es als Angriff gewertet, der Militärschläge aufgrund des Rechts der Selbstverteidigung ohne den Sicherheitsrat ermöglicht (siehe Georg W. Bush und den Irak-Krieg).

Wahrscheinlich ist der erste Militärschlag in Syrien zu erwarten? Diese Konfrontation liegt wahrscheinlich unter der Schwelle eines atomaren Gegenschlages (der auch London gelten würde). Wenn es dort so zur erstem direkten militärischen Konfrontation mit Rußland kommt, die zugleich dem syrischen Präsidenten Assad gilt, dann ist vor Ort bereits die „willige“ Türkei (ua.im ungehinderten Kampf gegen die vom Westen fallen gelassenen Kurden und der von ihnen besiedelten syrischen Gebiete) und es kommen wahrscheinlich Israel hinzu („für“ ua. Jerusalem und die Golan-Höhen) und Saudi-Arabien mit den VAR (mit Blick auf den Iran).

Wird es eine **Allianz der willigen „Völkerrechtsignoranten“**?

Wer derart aufgrund von Verdächtigungen mit dem Feuer nahe einer Kriegslunte spielt, dem muß das politische Wasser wahrscheinlich bis zur „Oberkante Unterlippe“ stehen (Das UK durch das selbst eingeschenkte Wasser mit der vollkommen unsinnigen und verlorenen vorgezogenen Wahl mit allen Folgen für den Brexit usw.?). Einen begrenzt geplanten, scheinbar kontrollierbaren Krieg zur Rettung der eigenen Macht?

Wer diesem politischen Momentum widerspricht wird als eine Marionette Moskaus oder als ein Vertreter, Sympathisant, Unterstützer oder dergl. des russischen Präsidenten Wladimir Putin bzw. von Rußland „isoliert“ werden. Aber **die Unterstützung des UK durch die USA, Frankreich mit Deutschland sowie der Nato schaffen zwar ein gruppenspezifisches Stärkegefühl, aber kein Recht.**

II.

„**Neuwahlen wären ein fürchterliches Signal für unsere Demokratie**“ sagten – Man hat es noch im Ohr.

War es Frank-Walter Steinmeier oder Dr. Angela Merkel oder Siegfried Gabriel oder? Aber es war

Silvio Berlusconi nach den jüngsten Wahlen in Italien (siehe HB).

Vergleichbar wird z-Zt. Auch in der Slowakei argumentiert.

Welch eine Mißachtung und Geringschätzung des Souveräns – insbes. von den jeweiligen „Verlierern“!

Wahrscheinlich wird der Souverän bzw. Prinzipal“ als dumm und gefährlich angesehen, der sich wiederum nur wundern kann über das Demokratieverständnis und Klammern an Pfründe und Privilegien seiner Agenten.

Scheint hier **eine wachsende Arroganz der politischen Elite** auf, über die immer mehr geklagt wird?

III.

„Das ist in der Tat ein Megadeal den wir als Gewerkschaften begrüßen.“ Gemeint ist die Einigung von E.on und RWE mit der Aufteilung von Innogy und damit ein Deal, der sehr wahrscheinlich u.a. zu höheren Strompreisen und Arbeitsplatzabbau (bis zu 5000 oder doch mehr) führt. Zumindest zwei der alten „Regionalmonopolisten“ schaffen sich funktionale „Monopolstellungen“.

Bemerkenswert ist weniger der Ausdruck „deal“, sondern wer es gesagt hat. Es war kein Unternehmer oder Börsianer!

Es war Frank Bsirske, Gewerkschaftsvertreter (siehe HB) und gut in der SPD vernetzt.

Was mag es sein, was er als „Vertreter“ der Gewerkschaften oder was die SPD in der GroKo begrüßt (oder was letztere eingefädelt haben?)?

Ist diese Aussage die Folge davon, daß Herr Bsirske **sowohl Mitglied im Aufsichtsrat der Innogy ist (und dort deren zielorientierte Strategien befürwortete) und auch Mitglied im Aufsichtsrat von RWE (und dort drei Tage später die Zerschlagung von Innogy mit trug)**? Juristisch offenbar unproblematisch. Und seine Glaubwürdigkeit?

Schiebt die Politik die Netzausbauprobleme jetzt auf kleineren der vier Netzbetreiber wie die Tennet? Und will die Politik ein finanzstarkes großes Unternehmen als ausführendes „Organ“ für den Netzausbau in der teuren, politisch **katastrophal gemanagten Energiewende von Frau Dr. Merkel** zu gewinnen? Wegen der De-Industrialisierung infolge zu hoher Energiepreise und der Abwanderung von Unternehmen? Oder wegen der Einträge in die Geschichtsbücher?

IV.

Für viele Beobachter kam der Name „**Svenja Schulze**“ als neue Bundesumweltministerin überraschend.

In dem Bereich hat sie sich bisher nicht hervorgetan, aber als NRW Wissenschaftsministerin schon bei der Abschaffung der Anwesenheit für Studierende in Seminaren!

Und, sie hatte nach **Fukushima** über die Unauffindbarkeit von Atomabfallbehältern berichtet und die Einlagerung in Asse angedeutet. Verwirrung und Mißtrauen gegen die Atomindustrie stiegen rasant in der Bevölkerung, die derart unter Druck gesetzt und auch weichgeschossen wurde für die sog. Energiewende. Da kann schon Dankbarkeit seitens der Partei und der Bundeskanzlerin zu erwarten sein. Auch wenn es einfach nur falsch war! Aber es war eine hilfreiche und ertragreiche (gezielte?) **Fake News oder nur eine überforderte Ministerin?**

Ein Ministeramt erscheint weniger Vorkenntnisse zu erfordern, aber gute und tiefe Vernetzung (worüber sie als sog. Linke Frontfrau über Frau Nahles verfügt) sowie die Unterstützung durch die nach Berichten stets „gendernde“ Kanzlerin Frau Dr. Merkel („Der Kampf um die Gleichberechtigung von Frauen geht weiter“) sowie Passgenauigkeit in das Quotensystem der Postenvergabe. Der SPD Landesverband NRW mußte ebenso berücksichtigt sein wie bspw. die sog. Fünf Neuen Länder (was alleine durch drei Minister aus dem Saarland schwierig war) – unabhängig vom Posten, von der sog. Besten-Auswahl und dem Wahlvolk. Oder hat es darüber und

so jemals abgestimmt oder ist es in der Verfassung verankert oder jeweils reine Parteipolitik?

Potsdam 18./19.3.2018

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann